

Kommunalwahlprogramm 2024

Die Linke Kaiserslautern

**Kaiserslautern:
Eine Stadt für Alle**

Inhalt

- 1. Für soziale Sicherheit**
 - Wohnungen für Alle
 - Wohnraumsicherheit für Alle
 - Mobilität für Alle

- 2. Für die Jugend**
 - Bildung für Alle
 - (Frei-)Räume für Alle
 - Sport für Alle

- 3. Für Kultur**
 - Kultur für Alle

- 4. Für Inklusion**
 - Sicherheit für Alle
 - Teilhabe für Alle
 - Legalisierung für Alle

- 5. Für die Zukunft**
 - Klimaschutz für Alle
 - Infrastruktur für Alle

- 6. Für Bürgerbeteiligung**
 - Mitspracherecht für Alle

- 7. Für Frieden, Vielfalt und Solidarität**
 - Solidarität für Alle

Für soziale Sicherheit

Die wichtigste und umfassendste Aufgabe der Stadtpolitik ist es, ihren Bewohner*innen ein Leben in sozialer Sicherheit zu ermöglichen. Eine Grundlage dafür ist die Bereitstellung von gutem und finanzierbarem Wohnraum. Viel zu viele Menschen in Kaiserslautern suchen vergebens nach einem Dach über dem Kopf, das sie sich auch leisten können. Bei der Bau AG gibt es lange Wartelisten. Viele Bürger*innen sehen in der Wohnungsfrage eines der zentralen Probleme in der Stadt.

Wohnungen für Alle

Wir brauchen verstärkte Aktivitäten im Sozialwohnungsbau, besonders im öffentlichen Wohnungsbau. Nach einer Wohnraumanalyse im Auftrag der Stadt müssen wir davon ausgehen, dass bis in das Jahr 2030 mindestens 1.900 neue Wohnungen gebaut werden müssen. Der größte Teil davon sind Sozialwohnungen. Hier steht einmal die Bau AG in der Pflicht, aber auch die Stadtpolitik, die endlich einen Plan erarbeiten muss, wie wir öffentliche Infrastruktur stärken und dieses Ziel erreichen können.

In der letzten Legislaturperiode konnten wir eine Sozialwohnungsquote von 20 % durchsetzen. Wegen der verschlechterten Situation auf dem Wohnungsmarkt in Kaiserslautern muss die Quote bis auf 50 % gesteigert werden.

Es braucht einen Überblick über Baulücken und vor allem Leerstände, um zu sehen, wo im innerstädtischen Bereich noch Wohnraum geschaffen werden kann. Um den Druck auf die Immobilienbesitzer zu erhöhen, leerstehenden Wohnraum zu vermieten, fordert Die Linke eine Leerstandssteuer.

Wir fordern:

- 50% Sozialbauquote
- Ein Leerstands- und Baulückenregister und eine Leerstandssteuer
- Die mittelfristige Abschaffung von Schlichtwohnungen zugunsten von Sozialbauten mit sozialer Infrastruktur und Betreuung

Wohnraumsicherheit für Alle

Um Menschen, die Anspruch auf Wohngeld haben, vor weiteren Belastungen zu schützen, braucht es eine Ausrichtung des Wohngeldes an den tatsächlichen Kosten der Betroffenen (KdU). Die tatsächlichen Energiekosten (Strom- und Heizkosten) müssen bei der Festlegung der zu berücksichtigenden Miete bzw. der Höchstbeträge voll angerechnet werden.

Darüber hinaus brauchen wir ein Ende von Zwangsmaßnahmen gegen Menschen in existenziellen Problemlagen. Wir fordern stattdessen verstärkte Investitionen in die Kaiserslauterer Armutsgebiete, unter anderem zum Aufbau sozialer Infrastruktur. Dies stärkt die Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe und schafft so in allen Wohngebieten die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde.

Wir fordern:

- Vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU)
- Die Abschaffung von Strom- und Gassperren und von Zwangsräumungen
- Die Etablierung regelmäßiger Stadtteilkonferenzen in den Projektgebieten „Soziale Stadt“

Mobilität für Alle

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist schon jetzt eine der Lebensadern unserer Stadt. Wir brauchen ihn, um zur Schule, zur Lehrstelle, zur Universität, zur Arbeit, zum Arzt und zum Einkaufen zu kommen. Aber auch um die Stadt grüner und lebenswerter zu machen ist es notwendig, eine immer bessere Bus- und Zugsanbindung zu schaffen. Das Ziel muss sein, den ÖPNV so auszustatten, dass dieser für möglichst viele Menschen eine Alternative zum Auto bietet.

Allerdings können sich immer mehr Menschen den regelmäßigen Kauf von Bustickets oder Monatskarten gar nicht leisten und haben hierdurch Schwierigkeiten z. B. mit Kindern zum Arzt zu fahren oder Veranstaltungen in der Innenstadt zu besuchen. Auch bei der Arbeitssuche und bei Praktika entstehen Kosten, die kaum zu decken sind.

Wir fordern:

- Ein 29-Euro-Ticket für Empfänger*innen von Sozialleistungen (inkl. Wohngeldbezug), Schüler*innen, Auszubildende, Student*innen und Rentner*innen
- Einen weiteren Ausbau des ÖPNV-Angebots mit kürzeren Taktzeiten, mehr Park-and-Ride-Möglichkeiten sowie weitere barrierefreie Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen

Für die Jugend

Bildung für Alle

Kaiserslautern gilt als Stadt der Schulen und der Bildung. Leider hapert es an vielen Stellen. Das fängt bei den Jüngsten an. Es fehlt an KiTa-Plätzen und an betreuendem Fachpersonal. Von einem barrierefreien Ausbau, der die Nutzung durch beeinträchtigte Kinder, Eltern oder auch Erzieher*innen möglich macht, ganz zu schweigen.

In den Schulen ist es ähnlich. Für beeinträchtigte Menschen sind Schulen oft unzugänglich, es fehlt an Material und Personal, und wichtige soziale Aufgaben werden nicht übernommen. Die prekäre Lage vieler Eltern und der Zuzug vieler Kinder aller Nationen macht die Arbeit für die Lehrkräfte nicht einfacher. Hier braucht es mehr Unterstützung.

Dazu kommen eine oft marode Bausubstanz, knappe oder defekte Lehrmaterialien und eine mangelhafte Schulinfrastruktur, die das Lernen erschwert. Wir denken, dass sich der hohe Stellenwert, den Bildung in der Gesellschaft haben sollte, auch beim Zustand der Schulen widerspiegeln muss.

Leider haben wir in Gesprächen mit Betroffenen mitbekommen, dass Kinder teilweise schon hungrig in die Einrichtungen kommen. Der soziale Zusammenhalt gebietet es, hier Abhilfe zu schaffen. Chancengleichheit kann nicht verwirklicht werden, wenn Kinder sich nicht konzentrieren können, weil sie kein Frühstück hatten.

Wir brauchen mehr Energie und Mittel, diese Zustände zu ändern. Wir wissen, dass für vieles, was in diesem Bereich schief läuft, die Landesregierung verantwortlich ist. Aufgabe der Stadtpolitik ist es aber, die Notlagen zu benennen und Lösungen einzufordern.

Wir fordern:

- KiTa- und Hortplätze für Alle

- Eine bessere Ausstattung der Schulen
- Mehr Schulsozialarbeit, insbesondere in ärmeren Wohngebieten
- Kostenloses und gesundes Frühstück und Mittagessen in allen Grundschulen und Kitas

(Frei-)Räume für Alle

Die Diskussionen um die Mall haben es wieder einmal deutlich gemacht: Die Jugendlichen dieser Stadt werden oftmals als Sicherheitsrisiko empfunden und mit Kriminalität in Verbindung gebracht. Es wird nicht gesehen, dass es an Alternativen zum „Rumhängen“ zwischen REWE, Burger King und Mall fehlt. Auch Kameras und Streifen von Ordnungsamt und Polizeikräften werden die Situation an diesem Treffpunkt nicht verändern. Die Jugendlichen ziehen dann weiter, aber wohin? Seit Langem fehlt es an konsumfreien Treffpunkten und Aufenthaltsmöglichkeiten für die Jugendlichen in der Stadt.

Wir fordern:

- Nichtkommerzielle, an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientierte soziale Treffpunkte in der Innenstadt (In- und Outdoor)
- Mehr Streetworker
- Aus dem JUZ Steinstraße wieder ein Jugendzentrum zu machen
- Das Jugendhaus Augustastraße zu erhalten und für Jugendliche in Selbstverwaltung nutzbar zu machen
- Eine Stärkung der Treffpunkte für Jugendliche in den Stadtteilen
- Die garantierte und stärkere finanzielle Unterstützung aller Vereine, die sich der Jugendarbeit widmen (von Sport bis Karneval)

Sport für Alle

Wir fordern, die Sportförderung für Vereine im Haushalt abzusichern und auf einen Betrag von jährlich 500 000 € zu erhöhen. Diese Förderung ist für Vereine überlebensnotwendig. Auch sie erleben eine Steigerung der Versorgungskosten. Vereine sind zentraler Teil der Gesundheitsvorsorge, gerade für Kinder (Bewegung statt Bildschirm). Sie sind im öffentlichen Leben die größte Institution bei der Erbringung von Integrationsleistungen und sind einer der Träger der Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Das alles erfolgt ehrenamtlich. Die Stadt kann sich keine weiteren Auflösungen von Sportvereinen leisten. Der Breitensport erfüllt eine so wichtige Aufgabe für die Gesellschaft, dass er nicht in Geld aufzuwiegen ist.

Für Kultur

Kultur für Alle

In den letzten Jahren hat sich in Kaiserslautern eine sehr aktive, freie und nichtsubventionierte Kulturszene entwickelt, die mittlerweile in der Stadtkultur angekommen ist und wahrgenommen wird. Auch mit unserer Unterstützung hat diese sich Gehör für ihre Bedarfe geschaffen. Auf unsere Anregung hin sitzen sie im Kulturausschuss mit der Stadtpolitik an einem Tisch.

Gerade die Kulturaktivist*innen der freien Szene sind Bindeglied zur Jugendkultur und anderen Kreativen, die in unserer Stadt sehr gute Arbeit leisten. Aber auch hier fehlt es an Räumen zum Proben, Treffen, für Ateliers und Werkstätten. Solche Initiativen unterstützen wir weiterhin, allerdings wäre auch eine verstärkte materielle und räumliche Unterstützung durch die institutionalisierte Kultur – wie zum Beispiel durch das Pfalztheater, die Pfalzgalerie (mpk) und die Kammgarn – sinnvoll und für alle Seiten gewinnbringend.

Darüber hinaus setzen wir uns in einer landesweiten Initiative dafür ein, dass die Gelder für die Kultur im Haushalt nicht mehr nur als „freiwillige Leistung“ gelten, sondern – wie zum Beispiel in Sachsen – zum pflichtigen Bereich gehören und damit nicht willkürlich beschnitten werden können.

Wir fordern:

- Die Kammgarn wieder zu einem wirklichen Kulturzentrum zu machen, zu dessen Räumlichkeiten nicht nur die Kammgarn AG, sondern auch die Freie Kulturszene der Stadt Zugang hat
- Räume zu schaffen, die für die Freie Kulturszene in Selbstverwaltung nutzbar sind
- Die Gelder für die Kultur im Haushalt aus den „freiwilligen Leistungen“ in den Pflichtbereich aufzunehmen

Für Inklusion

Sicherheit für Alle

Auf unsere Initiative hin hat sich Kaiserslautern zum „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete erklärt und steht weiterhin dazu, soweit es im Bereich des Möglichen ist, Menschen in Not aufzunehmen. Die Stadt verfügt über viele engagierte Bürger*innen, die diese Entscheidung mit Leben füllen. Diese Bürger*innen finden sich im Rathaus, in anderen Institutionen und in einer großen Menge an ehrenamtlichen Unterstützer*innen wieder. Diese leisten in ihren Verantwortungsbereichen hervorragende Arbeit und sind mit Herzblut bei der Sache.

Die Anzahl von Menschen, die aus Notlagen wie Krieg, Armut oder klimatischen Veränderungen zu uns kommen, verändert sich je nach Weltlage. Der Bedarf nach Schutz wird sich jedoch nie ändern. Wir sehen es im Sinne der Menschenrechte als notwendig an, dem Gegenwind von rechts zu trotzen und uns schützend vor unsere Mitmenschen zu stellen.

Teilhabe für Alle

Wir haben in steter Abstimmung mit den Betroffenen im Inklusionsbeirat der Stadt und darüber hinaus das Thema Barrierefreiheit angeschoben und in die Stadtpolitik transportiert. So wurden einige Beschlüsse gefasst, die dazu beitragen, die Stadt barriereärmer zu gestalten. Dies hilft nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch vielen anderen im Alltag, ob diese nun mit Kinderwagen, Stock oder Rollator unterwegs sind oder einfach schwere Dinge befördern müssen. Auch Vereinfachungen bei Ämtergängen und auf Webseiten fallen darunter.

Vieles braucht viel zu lange, und es ist den meisten Menschen in der Politik und Verwaltung nicht bewusst, dass Inklusion ein einklagbares Menschenrecht ist. Auch deswegen fordern wir mehr Tempo.

Wir fordern:

- Die Umsetzung der in der UN-Behindertenrechtskonvention und dem Bundes- und Landesteilhabegesetz festgelegten Rechte beeinträchtigter Menschen
- Eine an den Bedarfen beeinträchtigter Menschen orientierte Stadtplanung
- Eine bedarfsorientierte und schnelle Gewährleistung von Beratung und Hilfeleistungen in allen Belangen beeinträchtigter Menschen
- Barrierefreien Umbau der KiTas und Schulen
- Konsequente Umsetzung des neuen Inklusionsplans

Legalisierung für Alle

Kaiserslautern soll sich als Modellkommune für die kontrollierte Abgabe von Cannabis bewerben. Die Entkriminalisierung von Cannabis dient nicht der Werbung für Drogenkonsum, sondern hilft im Gegenteil, den illegalen Handel einzudämmen. Durch legale Angebote wird der Schwarzmarkt ausgetrocknet und Dealern ihre wichtigste Einnahmequelle genommen. Bei kontrollierten Bezugsquellen besteht zudem kein Interesse, die Kunden mit "Harten Drogen" eng und dauerhaft zu binden. Jugendschutz kann nur im legalen Bereich verwirklicht werden.

Durch eine Legalisierung wird zudem sogenannten "Legal Highs" die Existenzgrundlage entzogen, welche je nach Inhaltsstoff unvorhersehbare Schäden im menschlichen Körper anrichten können. Ein solches Modellprojekt hilft also allen, sowohl den Konsument*innen als auch den Nichtkonsument*innen.

Wir fordern:

- Kaiserslautern wird Modellkommune
- Ermöglichung von effektivem Jugend- und Gesundheitsschutz durch Cannabis-Legalisierung

Für die Zukunft

Klimaschutz für Alle

Klimaschutz ist ein notwendiger Teil der Stadtplanung. Gerade um unsere Lebensqualität zu verbessern und eine Zukunftsperspektive zu schaffen, braucht es mehr Anstrengungen, die Stadt grüner zu machen. Unsere Stadt wird von mehreren mehrspurigen Straßen zerschnitten und zerteilt. Anstatt Autoverkehr durch die Innenstadt zu leiten und diese damit menschenfeindlich zu machen, plädieren wir für eine Verkehrspolitik, die Mobilität für Alle ermöglicht und Durchgangsverkehr aus der Innenstadt heraushält. Die Verkehrsplanung ist auf die Menschen auszurichten: wir brauchen eine Stadt, in der Kinder spielen können, ohne Angst vor Autos haben zu müssen – eine Stadt für die Menschen, nicht für die Autos!

Den umwelt- und klimagerechten Umbau der Häuser und Heizungen dürfen wir nicht den Hauseigentümer*innen und Mieter*innen aufbürden. Es braucht eine kommunale Wärmeplanung mit neuen Nah- und Fernwärmenetzen in öffentlicher Hand. Hauseigentümer*innen, deren Häuser nicht an Wärmenetze angeschlossen werden können, sollten bei der Umstellung auf klimafreundliche Heizsysteme städtisch beraten und unterstützt werden. Wir schlagen außerdem vor, Balkonsolaranlagen für Mieter*innen und Eigentümer*innen kommunal zu bezuschussen, wie dies auch in anderen Kommunen üblich ist.

Wir fordern:

- Den Erhalt der Frischluftschneisen in die Stadt
- Mehr Bäume und Grünflächen
- Die Renaturierung der Lauter
- Einen konsequenten Ausbau und eine intelligente Planung eines Rad- und Fußwegenetzes
- Ausbau von Car-Sharing und den Einstieg in eine autofreie Innenstadt
- Tempo 30 in der Gesamtstadt, verkehrsberuhigte Zonen in Wohngebieten
- Eine klimagerechte Planung von Neubaugebieten wie Pfaff und Betzenberg

Infrastruktur für Alle

Wir können die weitere Entwicklung der Stadt nicht irgendwelchen privaten Investoren überlassen und müssen, wie es die Initiative zum Pfaff-Gelände möglich gemacht hat, dort eingreifen, wo Fehlplanungen und architektonische Monstrositäten verhindert werden können. Wir brauchen dazu eine Satzungsänderung zur Stärkung des Gestaltungsbeirats. Dieser muss in Zukunft bei Neu- und Umbauten bewohnerorientiert einbezogen werden und soll federführend eine Gestaltungssatzung für die gesamte Stadt entwickeln.

Die katastrophale Haushaltslage der Stadt sowie die Fehlentwicklungen in der Gesundheitspolitik unter SPD-Gesundheitsminister Lauterbach stellen den Weiterbestand des Westpfalz-Klinikums in Frage. Wir müssen einer Privatisierung des Krankenhauses mit allen Mitteln entgegenwirken. Ebenso wie bereits noch nicht angesprochene, aber jederzeit mögliche Privatisierungen von stadt-eigenen Betrieben, wie beispielsweise der Energieversorgung, Wasserwirtschaft oder ÖPNV.

Die Digitalisierung muss im Sinne der Stadtgesellschaft weiter vorangetrieben werden. Dies kann uns allen, der Bevölkerung und der Stadtverwaltung, das Leben erleichtern. KL.digital leistet darin sehr gute Vorarbeit. Da dieses Projekt aber mit großer Wahrscheinlichkeit 2026 ausläuft, braucht es eine Verstetigung, damit die Erklärung „Herzlich Digitale Stadt“ nicht zur Leerformel wird.

Wir fordern:

- Die Stärkung des Gestaltungsbeirats
- Alle Bereiche der Daseinsfürsorge und der Infrastruktur in öffentliche Hand
- Eine Wärmeplanung unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Immobilienbesitzer*innen für den Anschluss an Fern- und Nahwärmenetze in öffentlicher Hand
- Die Installierung eines Querschnittreferats Digitalisierung mit der notwendigen personellen und finanziellen Ausstattung

Für Bürgerbeteiligung

Mitspracherecht für Alle

Wir bekommen immer wieder mit, dass bei vielen Bürger*innen der Eindruck besteht, die Stadtpolitik finde auf einem anderen Planeten statt. Sehr weit von der Stadtbevölkerung entfernt, völlig intransparent und nicht greifbar. Dem wollen wir entgegenwirken. Deshalb haben wir uns seit Jahren für eine Bürgerbeteiligungssatzung stark gemacht. Nachdem mittlerweile eine Satzung erstellt wurde, geht es darum, diese nun auch transparent und konsequent umzusetzen.

Wir fordern:

- Eine bessere und nachvollziehbarere Information der Stadtbevölkerung über die Arbeit und Beschlüsse der Stadtpolitik, z. B. über eine Beschlussdatenbank
- Das Streaming von Rats- und Ausschusssitzungen
- Die Möglichkeit der hybriden Teilnahme an Sitzungen (wie zu Coronazeiten), damit Menschen mit Beeinträchtigungen und denjenigen, die aus familiären, beruflichen oder anderen Gründen nicht an Sitzungen teilnehmen können, die Teilhabe an der Stadtpolitik nicht verwehrt wird
- Die Wiedereinrichtung von Ortsbeiräten in der Innenstadt

Für Frieden, Vielfalt und Solidarität

Solidarität für Alle

Der Wind bläst im Moment von rechts außen. Die rechtsradikale AfD ist im Hoch. Die im Bund oppositionelle CDU macht Stimmung gegen Armutsbetroffene, Geringverdiener*innen, Klimaaktivist*innen, und Geflüchtete und treibt so den Faschisten die Wähler zu. Anstatt sich das Geld zum Stopfen der selbstverschuldeten Haushaltslöcher bei jenen zu holen, die mehr als genug davon haben, tun die Regierenden, was die Rechte vorgibt. Die Milliarden, die in Rüstung und Militarisierung fließen, zweifelt von den erwähnten Parteien niemand an. Wahlprognosen zeigen, dass die Lage sehr ernst ist.

Wir meinen: Eine andere Politik muss her. Eine Politik, die wieder die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt und Reichtum umverteilt, anstatt nach unten zu treten. Eine Politik, die unser aller Bedürfnisse gemeinsam vertritt und sich der rechten Menschenfeindlichkeit entgegenstellt. Eine Politik, die sich solidarisch hinter diejenigen stellt, die oft nicht ihre Stimme erheben: Armutsbetroffene, Migrant*innen, Geringverdiener*innen, Geflüchtete und viele andere, die nicht ins rechte Weltbild passen. Wir alle sind Arbeiter*innen, egal, wo unsere

Mutter geboren wurde, egal, welche Sprache unser Vater spricht. Egal, wie wir aussehen und wen wir lieben.

Wir stehen für Solidarität, Aufklärung und konkrete Initiativen gegen Rechts. Das Postulat "Stadt ohne Rassismus" muss gelebt und inhaltlich unterfüttert werden.

Wir fordern:

- Historisch-antifaschistische Stadtrundgänge
- Organisierte Pflege der Stolpersteine
- Projekte von Schulen und Stadtteilbüros mit Geflüchteten
- Förderung einer alltäglichen Begegnungskultur zwischen allen Teilen der Stadtgesellschaft

- Konkrete Förderung antifaschistischer, rassismuskritischer und friedenspolitischer Initiativen durch Fördermittel und erleichterten Zugang zu Veranstaltungsräumen
- Eine Bildung zum Frieden und zur Gleichheit – keine Bundeswehr an Kaiserslauterer Schulen

**Die beste Möglichkeit, die Demokratie zu
verteidigen, besteht darin, für gleiche Rechte für
alle zu kämpfen.**

**Für ein solidarisches Kaiserslautern – Eine Stadt
für Alle**